



RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION

Brüssel, den 21. Oktober 2011 (26.10)
(OR. en)

**11454/11
ADD 1**

**PV/CONS 38
JAI 412
COMIX 392**

ADDENDUM zum ENTWURF EINES PROTOKOLLS

Betr.: **3096.** Tagung des Rates der Europäischen Union (**JUSTIZ und INNERES**) vom
9./10. Juni 2011 in Luxemburg

TAGESORDNUNGSPUNKTE MIT ÖFFENTLICHKEIT DER BERATUNGEN¹

Seite

Liste der A-PUNKTE (Dok. 10964/11 PTS A 55 + CM 3462/1/11 REV 1)

- Punkt 1: Beschluss des Rates über die Genehmigung des Haager Übereinkommens vom 23. November 2007 über die internationale Geltendmachung der Unterhaltsansprüche von Kindern und anderen Familienangehörigen im Namen der Europäischen Union 4

TAGESORDNUNG (Dok. 10963/11 OJ/CONS 36 JAI 392 COMIX 374)

- Punkt 3: Asyl 4

- Punkt 4: Legale Migration 5

- Punkt 5: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2007/2004 des Rates zur Errichtung einer Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (FRONTEX) 5

- Punkt 6: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Errichtung einer Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts 5

- Punkt 7: Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Angriffe auf Informationssysteme und zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2005/222/JI des Rates 6

- Punkt 8: Initiative des Königreichs Belgien, der Republik Bulgarien, der Republik Estland, des Königreichs Spanien, der Republik Österreich, der Republik Slowenien und des Königreichs Schweden für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Europäische Ermittlungsanordnung in Strafsachen 6

¹ Beratungen über Gesetzgebungsakte der Union (Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union), sonstige öffentliche Beratungen und öffentliche Aussprachen (Artikel 8 der Geschäftsordnung des Rates).

Punkt 9.	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und die Vollstreckung von Entscheidungen und öffentlichen Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses	6
Punkt 10.	Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die elektronische Veröffentlichung des Amtsblatts der Europäischen Union	7
Punkt 11.	Paket zum Opferschutz	7

◦
◦ ◦

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

A-PUNKTE

- 1. Beschluss des Rates über die Genehmigung des Haager Übereinkommens vom 23. November 2007 über die internationale Geltendmachung der Unterhaltsansprüche von Kindern und anderen Familienangehörigen im Namen der Europäischen Union**

9936/11 JUSTCIV 122

- + COR 1 (sv)
- + COR 2
- + COR 3 (pl)
- + REV 1 (lv)

Der Rat verabschiedete den genannten Beschluss (Rechtsgrundlage : Artikel 81 Absatz 3 Unterabsatz 1, in Verbindung mit Artikel 218 Absatz 6 Unterabsatz 2 Buchstabe b und Artikel 218 Absatz 8 Unterabsatz 2 Satz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union).

Einseitige Erklärung Lettlands und Maltas

"Die von der Union bei der Genehmigung des Haager Übereinkommens von 2007 über die internationale Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen von Kindern und anderen Familienangehörigen abzugebende Erklärung zur Ausweitung der Anwendung der Kapitel II und III des Übereinkommens auf Unterhaltpflichten zwischen Ehegatten und früheren Ehegatten berührt weder das Recht eines Mitgliedstaats, zu bestimmen, ob er die Kapitel II und III des Übereinkommens auf Unterhaltpflichten zwischen Ehegatten und früheren Ehegatten anwendet, die sich aufgrund einer in dem betreffenden Mitgliedstaat nicht gültigen Ehe ergeben, noch bedeutet dies, dass der betreffende Mitgliedstaat die Ehe, die der Unterhaltsforderung zugrunde liegt, anerkennt."

TAGESORDNUNGSPUNKTE

- 3. Asyl**

- a) Geänderter Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung von Normen für die Aufnahme von Asylbewerbern (Neufassung)**

11214/11 ASILE 46 CODEC 981
+ ADD 1

- b) Geänderter Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung gemeinsamer Verfahren für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzstatus (Neufassung)**

- Vorstellung durch die Kommission und erster Gedankenaustausch
11207/11 ASILE 45 CODEC 980
+ ADD 1

Die Kommission stellte dem Rat die neuen Vorschläge vor.

4. Legale Migration

- a) **Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen im Rahmen einer konzerninternen Entsendung**
- b) **Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zwecks Ausübung einer saisonalen Beschäftigung**
- c) **Vorschlag für eine Richtlinie über ein einheitliches Antragsverfahren für eine kombinierte Erlaubnis für Drittstaatsangehörige zum Aufenthalt und zur Arbeit im Gebiet eines Mitgliedstaates und über ein gemeinsames Bündel von Rechten für Drittstaatsangehörige, die sich rechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhalten**
 - Sachstand

Der Präsident unterrichtete den Rat über den Sachstand in Bezug auf diese Vorschläge.

5. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2007/2004 des Rates zur Errichtung einer Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (FRONTEX)

- Politische Vorgaben
11262/11 FRONT 77 CODEC 985 COMIX 388

Der Rat nahm Kenntnis vom Sachstand in Bezug auf den Vorschlag.

6. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Errichtung einer Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts

- Allgemeine Ausrichtung
10827/2/11 REV 2 JAI 370 SIRIS 57 VISA 95 EURODAC 11 ENFOPOL 177
EUROJUST 86 COMIX 368 CODEC 924
 - + ADD 1
 - + ADD 2
 - + ADD 3

Der Rat einigte sich auf den vom Vorsitz vorgelegten Kompromissvorschlag. Das Europäische Parlament wird entsprechend unterrichtet. Die luxemburgische Delegation erklärte, dass Erwägungsgrund 6 der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Errichtung einer Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts in keiner Weise die Befugnisse des Verwaltungsrats der Agentur berühre, die Organisationsstruktur der Agentur im Benehmen mit der Kommission festzulegen. Er bestimme die Modalitäten der Einrichtung der IT-Systeme im Wege seines Arbeitsprogramms unabhängig von der Bezeichnung der betreffenden IT-Systeme.

7. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Angriffe auf Informationssysteme und zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2005/222/JI des Rates

- Allgemeine Ausrichtung
10751/11 DROIPEN 47 TELECOM 82 CODEC 915
+ COR 1
+ ADD 1

Der Rat legte entsprechend der Bestätigung durch den AStV vom 1. Juni 2011 eine allgemeine Ausrichtung zu dem Kompromisstext des Vorschlags fest.

8. Initiative des Königreichs Belgien, der Republik Bulgarien, der Republik Estland, des Königreichs Spanien, der Republik Österreich, der Republik Slowenien und des Königreichs Schweden für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Europäische Ermittlungsanordnung in Strafsachen

- Partielle allgemeine Einigung
10749/2/11 REV 2 COPEN 130 EUROJUST 85 EJN 70 CODEC 914

Es wurde eine partielle allgemeine Ausrichtung zum Hauptteil (Artikel 1 bis 18, einschließlich Artikel Y) des Entwurfs für eine Richtlinie über die Europäische Ermittlungsanordnung in Strafsachen festgelegt.

Er könnte möglicherweise im Lichte der weiteren Ergebnisse im Zusammenhang mit dem Teil, in dem bestimmte Maßnahmen behandelt werden, überarbeitet werden, wenn ein Gesamtkompromisspaket zu einem späteren Zeitpunkt vorgestellt wird.

9. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und die Vollstreckung von Entscheidungen und öffentlichen Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses

- Politische Vorgaben für die künftigen Arbeiten
11067/11 JUSTCIV 152 CODEC 968

Der Rat hielt Folgendes fest:

- Es besteht breites Einvernehmen zu dem Kompromisspaket mit den politischen Vorgaben für die künftigen Arbeiten in Bezug auf die vorgeschlagene Verordnung über Erbsachen;
- die Beratungen über die vorgeschlagene Verordnung sollten auf der Grundlage dieser politischen Vorgaben fortgesetzt werden.

10. Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die elektronische Veröffentlichung des Amtsblatts der Europäischen Union

- Allgemeine Einigung
10222/2/11 REV 2 JURINFO 34 INF 76 JUR 238
+ REV 3(dk)

Unter Berücksichtigung des Umstands, dass seitens einiger Delegationen Parlamentsvorbehalte bestehen, stellte der Rat fest, dass ansonsten Einvernehmen über den Inhalt der vorgeschlagenen Verordnung in der Fassung des Dokuments 10222/2/11 JURINFO 34 INF 76 JUR 238 REV 2 besteht.

11. Paket zum Opferschutz

- Vorstellung durch die Kommission
10613/11 JUSTCIV 143 COPEN 123 CODEC 889

Die Kommission stellte ihre Initiativen für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Mindeststandards für die Rechte und den Schutz von Opfern von Straftaten sowie für die Opferhilfe und für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die gegenseitige Anerkennung von Schutzmaßnahmen in Zivilsachen vor.

=====